

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Sicherheitsgefühl der Menschen stärken - Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen ausbauen

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Mehrheit der Thüringer Bevölkerung befürwortet die Anwendung von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen als Beitrag zur Steigerung der inneren Sicherheit.
2. Die Videoüberwachung von besonders gefährdeten öffentlichen Plätzen dient der Prävention von Straftaten und hilft bei der Aufklärung von Verbrechen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Landtag zu informieren, welche öffentlichen Plätze und Bereiche aktuell von den Sicherheitsbehörden als besonders gefährlich eingestuft werden beziehungsweise auf welchen öffentlichen Plätzen in den letzten Monaten eine signifikante Steigerung der Kriminalität festgestellt wurde;
2. die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zum Ausbau der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, die in den zwölf Monaten verstärkt zum Tatort von Straftaten geworden sind, zu prüfen und das Ergebnis im Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags bis Ende November 2017 vorzustellen.

Begründung:

Im Rahmen einer vor wenigen Wochen veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Thüringer Allgemeinen zum Thema Innerer Sicherheit befürworteten mehr als zwei Drittel der Befragten den Einsatz von Videokameras auf öffentlichen Plätzen. Die Videoüberwachung wird von der Bevölkerung als konstruktiver Beitrag zur Steigerung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angesehen und führt damit zu einem Anstieg des subjektiven Sicherheitsempfindens. Überdies ist unbestritten, dass der Einsatz von Videoüberwachungssystemen einerseits potenzielle Straftäter von einer Tatbegehung abschreckt und andererseits die Aufklärung von Straftaten entscheidend voranbringen kann.

Gegenwärtig bestehen insbesondere in den Städten Erfurt, Jena und Gera bestimmte Kriminalitätsbrennpunkte, die verstärkt in den Fokus der Thüringer Polizei gerückt sind. In der Landeshauptstadt sind dies derzeit die Magdeburger Allee und der Bahnhofsvorplatz, die von der Polizei als sogenannte "Gefahrenorte" eingestuft wurden, da es vermehrt

zu Drogendelikten und Einbrüchen kam. Nach Kenntnis der Antragsteller prüft die Thüringer Polizei gegenwärtig auch, den Anker in diese Kategorie mit einzubeziehen, da dort die Zahl der Körperverletzungen, Diebstähle, Drogendelikte und Beleidigungen in jüngster Zeit deutlich zugenommen haben.

Um dieser besorgniserregenden Entwicklung effizient zu begegnen, ist der Einsatz von Videotechnik sowohl unter allen rechtlichen als auch tatsächlichen und insbesondere finanziellen Aspekten durch die Landesregierung zu prüfen und das Ergebnis gegenüber dem Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags bis zum 31. November 2017 vorzustellen.

Für die Fraktion:

Mohring